



## B7-Summit in Berlin

Im Rahmen des zivilgesellschaftlichen G7-Dialogs der Bundesregierung hat der Bundesverband der Deutschen Industrie die Aufgabe übernommen, den B7-Summit 2015 zu veranstalten. Dazu hatte der BDI die Präsidenten der G7-Wirtschaftsverbände im Mai nach Berlin eingeladen.

>> Seite 9

### »Hannoveraner Erklärung«



## Grundsatzklärung des BDI-Präsidiums zu TTIP

Das BDI-Präsidium hat sich zu Beginn der Hannover Messe mit einer Grundsatzklärung für TTIP ausgesprochen.

>> Seite 9

### Weltwirtschaft und deutsche Exporte



## Exportentwicklung positiv

Die weltweite Konjunktur kann weiter von den niedrigen Ölpreisen und der expansiven Geldpolitik profitieren.

>> Seite 2

### Außenpolitische Orientierung



## Die neue EU-Handelsstrategie

Die Europäische Kommission hat angekündigt, im Herbst 2015 eine neue Handelsstrategie vorzulegen.

>> Seite 11

### Branchenfokus



## Stahlindustrie bekennt sich zu freiem Handel

Damit freier Handel fair bleibt, bedarf es weiterhin eines wirksamen Handelsschutzinstrumentariums in der EU.

>> Seite 8

### Neues BDI-Papier



## Mythen, Fakten, Argumente zum Investitionsschutz

Der BDI geht auf die am häufigsten genannten Kritikpunkte der Diskussion der letzten Monate ein.

>> Seite 12

### Weitere Außenwirtschaftsthemen

#### Japan

>> Seite 13

#### Arabischer Golf

>> Seite 14

#### AiIB

>> Seite 15

#### Außenwirtschaftstermine

>> Seite 16

## Weltwirtschaft und deutsche Exporte

### Weltwirtschaft und Welthandel

Im vierten Quartal 2014 hat das Wachstumstempo der **Weltwirtschaft** zugelegt. Laut den Hochrechnungen des Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB) stieg die weltweite Industrieproduktion um 1,0 Prozent im Vergleich zum Vorquartal (Q3: 0,6 Prozent). Die Verbesserung wird durch die anhaltend niedrigen Öl- und Rohstoffpreise sowie durch die weiterhin expansive Geldpolitik in vielen Ländern gestützt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte im April ein Wachstum der Weltwirtschaft im Gesamtjahr 2015 von 3,5 Prozent. Das Wachstum des **Welthandels** hat sich laut CPB-Hochrechnungen im Schlussquartal mit einer Zunahme zum Vorquartal in Höhe von 1,3 Prozent hingegen etwas abgebremst (Q3: 1,9 Prozent). Ein Grund dafür war die relativ schwache Nachfrage in den Industrieländern (0,9 Prozent im Vergleich zum Vorquartal). Dennoch erwartet der IWF, dass der Welthandel im Jahr 2015 um 3,7 Prozent zunimmt.

### Entwicklungen in den Regionen

Laut Eurostat hat das Bruttoinlandsprodukt in der **Eurozone** im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0,3 Prozent zugelegt (Q2: 0,2 Prozent). Die Arbeitslosenquote war zuletzt im Februar leicht auf 11,3 Prozent zurückgegangen. Die Exportwirtschaft der Eurozone profitiert dabei vom schwachen Euro. Im März hatte die EZB ihr Anleihenkaufprogramm (Quantitative

Easing, QE) gestartet und im April bekräftigt, dass sie dieses auf jeden Fall bis September 2016 durchführen will. Die Industrieproduktion hat zuletzt im Februar um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal zugelegt; im März konnte der Geschäftsklimaindikator der Europäischen Kommission merklich anziehen. Der IWF geht von einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,5 Prozent im laufenden Jahr aus (2014: 0,9 Prozent).

Die **USA** sind weiterhin Motor der Weltwirtschaft, allerdings ist die US-Wirtschaft im vierten Quartal nur noch um 0,5 Prozent gewachsen (Q3: 1,2 Prozent). In den sechs Monaten bis März stieg die Zahl der Beschäftigten monatlich im Durchschnitt um 260.000 an. Die Arbeitslosenquote ist weiter rückläufig und lag im März bei 5,5 Prozent. Der IWF geht von einem kräftigen Wachstum der US-Wirtschaft im Jahr 2015 um 3,1 Prozent aus (2014: 2,4 Prozent) aus.

In **China** hat die Regierung klar formuliert, dass die Reformpolitik Vorrang vor Wachstum hat. Das China Economic Panel von ZEW und der Fudan Universität in Shanghai ist zuletzt im April angestiegen, doch der Außenhandel entwickelte sich im März überraschend schwach. Positiv ist, dass die Korrektur des Immobilienmarktes anhält. Der IWF rechnet für 2015 mit einem Wachstum in Höhe von 6,8 Prozent.

### Deutsche Exporte im Aufwärtstrend

Deutsche Ausfuhren in Mrd. Euro und Trend



Quelle: Statistisches Bundesamt, kalender- und saisonbereinigt mit X-12-ARIMA, <<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>> (eingesehen am 13. 5. 2015).

**Japan** hat mit einem Wachstum von nur 0,1 Prozent ein schwaches Jahr 2014 hinter sich. Ein Grund für die moderate Entwicklung war auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Im laufenden Jahr dürften sich die massiv expansive Geldpolitik, die Festigung der inländischen Konjunktur und der sinkende Außenwert des Yen positiv auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken. Der IWF erwartet für 2015 ein Wachstum in Höhe von 1,0 Prozent.

## Deutsche Ausfuhren und Frühindikatoren

Nachdem die deutschen Exporte im Jahr 2014 um 3,9 Prozent zugelegt haben, ist der Außenhandel gut ins Jahr 2015 gestartet. Von Januar bis Februar lagen die Ausfuhren um 1,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Die gute Entwicklung ist unter anderem Folge der expansiven Geldpolitik der EZB, die den Außenwert des Euro seit Jahresbeginn weiter gedrückt hat. So haben insbesondere die Exporte in die Länder außerhalb der EU seit Jahresbeginn stärker als die Gesamtausfuhren zugelegt (2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum).

Die Aufträge aus dem Ausland an die deutsche Industrie zeigen zu Jahresbeginn wenig Dynamik. Nach der Zunahme im vierten Quartal war im ersten Quartal ein Rückgang der Bestelltätigkeit zu verzeichnen.

Der Frühindikator der Bundesbank zeigte zuletzt im März eine Festigung der globalen Konjunktur an. Der Indikator für die wirt-

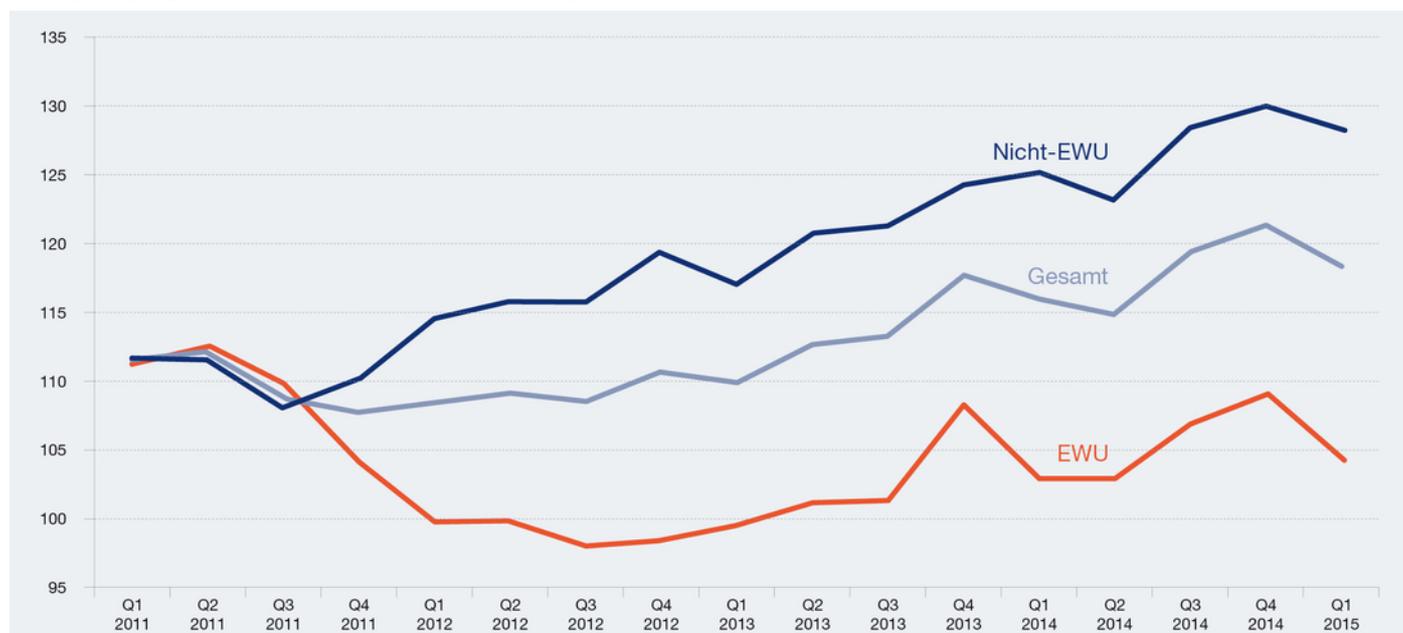
schaftliche Entwicklung der OECD («Composite leading indicators») weist für die Industrieländer eher auf eine Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung hin, zeigt für die Schwellenländer allerdings eher abwärts.

## Fazit

Die weltweite Konjunktur kann im laufenden Jahr weiter von den niedrigen Ölpreisen und der expansiven Geldpolitik vieler Zentralbanken profitieren. Mit den geopolitischen Spannungen in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der zaghaften wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone bestehen zwar weiterhin große Herausforderungen für die deutschen Exporte. Dennoch blicken die exportorientierten Industriebranchen weiterhin überwiegend positiv in die Zukunft. Die Automobilexporte entwickelten sich zu Jahresbeginn gut. Die Exporte der Chemieindustrie verliefen zu Jahresbeginn zufriedenstellend. Die Elektroindustrie rechnet damit, dass sich die Aufwärtsentwicklung im Ausfuhrgeschäft auch in den kommenden Monaten fortsetzt. Die Maschinenbauindustrie erwartet für das zweite Quartal ein leichtes Exportplus. Die Nichteisen-Metallindustrie hofft für 2015 auf ein stabiles bis leicht steigendes Exportvolumen. Falls sich die genannten Risiken nicht verschärfen, können sich die deutschen Ausfuhren mit gleicher Geschwindigkeit wie im Vorjahr entwickeln.

## Auslandsaufträge zuletzt rückläufig

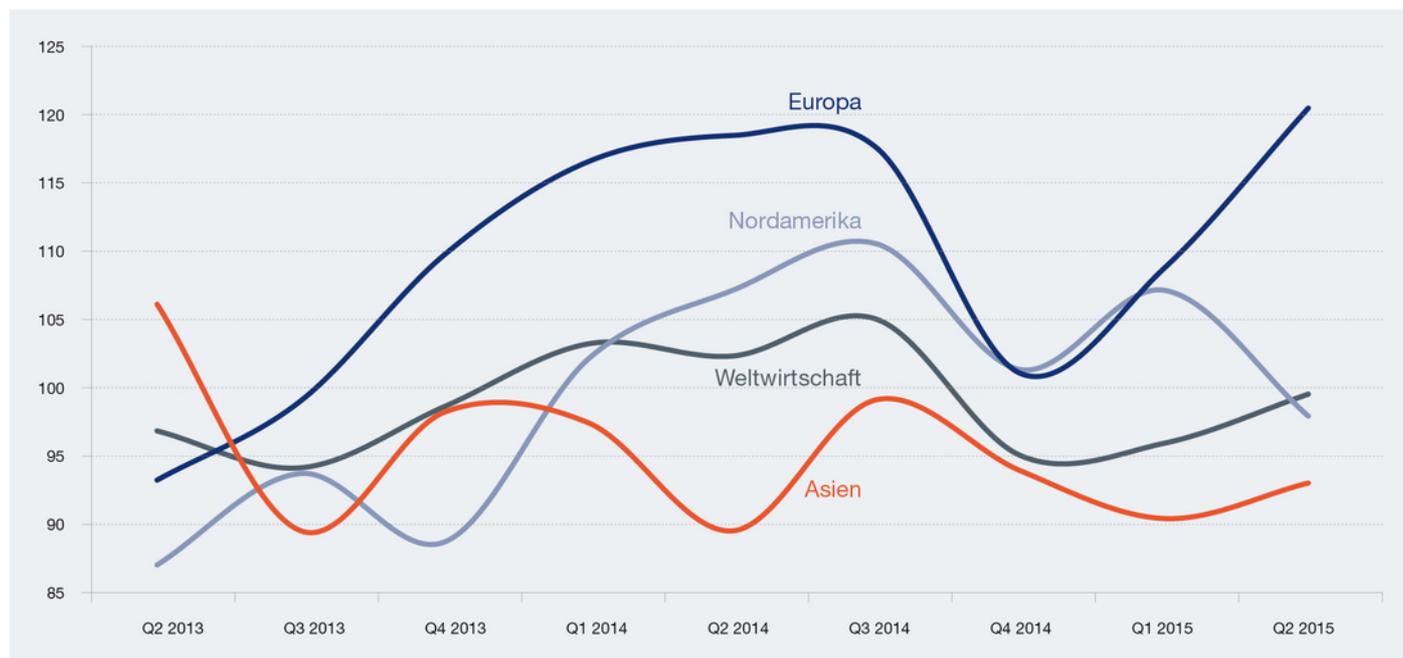
Auftragseingang in der Industrie aus Ausland nach Regionen (2010 = 100)



Quelle: Deutsche Bundesbank, <<http://www.bundesbank.de>>, (eingesehen am 13. Mai 2015).

**Europa zieht Weltwirtschaftsklima nach oben**

ifo-Weltwirtschaftsklima insgesamt und nach Regionen (2005 = 100)



Quelle: ifo-Institut, <http://www.cesifo-group.de>, (eingesehen am 13. Mai 2015).



**Infobox**

	2013	2014	2015 (Prognose)	Q2 2014	Q3 2014	Q4 2014	Q1 2015
<b>Wirtschaftswachstum</b> (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Internationaler Währungsfonds)							
Weltwirtschaft	3,4	3,4	3,5				
Industrielländer	1,4	1,8	2,4				
Entwicklungs- und Schwellenländer	5,0	4,6	4,3				
<b>Welthandel</b> (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Internationaler Währungsfonds)							
	3,5	3,4	3,7				
<b>Deutsche Exporte</b> (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent lt. VGR, Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)							
	1,6	3,9					
<b>Deutsche Importe</b> (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent lt. VGR, Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)							
	3,1	3,4					
<b>Welthandel</b> (Wachstum gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Quelle: CPB World Trade Monitor)				0,6	1,9	1,3	
<b>Deutsche Exporte</b> (Veränderung zum Vorquartal in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt)				1,0	2,0	1,3	
<b>Deutsche Importe</b> (Veränderung zum Vorquartal in Prozent lt. VGR, Quelle: Statistisches Bundesamt)				1,2	1,3	1,0	
<b>Effektiver Wechselkurs</b> (Realer effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber 39 anderen Währungen, 1Q 99 = 100, Quelle: Deutsche Bundesbank)				98,2	95,9	94,5	89,3
<b>Auftragseingang der deutschen Industrie aus dem Ausland</b> (saisonbereinigt, 2010=100, Quelle: Deutsche Bundesbank)				114,9	119,4	121,2	118,2



## Entwicklungen in den Branchen

### Automobilindustrie: Export zuletzt stark

Im ersten Terial konnten die deutschen Hersteller mit knapp 1,5 Millionen ausgeführten Pkw das hohe Vorjahresniveau nahezu halten. Die Exporte legten im März/April um zwei Prozent zu. Die guten Rahmenbedingungen wie der schwache Euro, der deutlich gefallene Rohölpreis und die sich aufhellende Automobilkonjunktur in Europa schlagen sich zunehmend in den Ausfuhren nieder. Für das nächste Quartal stimmen die sich positiv entwickelnden Auslandsorder sowie die hohen Exporterwartungen der Unternehmen optimistisch. 78 Prozent aller im Inland gefertigten Pkw werden derzeit im Ausland abgesetzt, das unterstreicht die Bedeutung der Exporte für den Standort Deutschland. Positive Impulse kamen in den ersten drei Monaten mit einem Exportplus von vier Prozent aus der Eurozone. Insbesondere die Exporte in die Peripherieländer Italien (8 Prozent), Spanien (11 Prozent), Portugal (21 Prozent) und Irland (30 Prozent) erreichten deutliche Zuwachsraten. Es gibt jedoch weiterhin einen hohen Nachholbedarf, da das Vorkrisenniveau noch weit entfernt ist. Sehr gut entwickelten sich zudem die Ausfuhren nach Indien (135 Prozent), Südkorea (49 Prozent) und in die Türkei (41 Prozent).



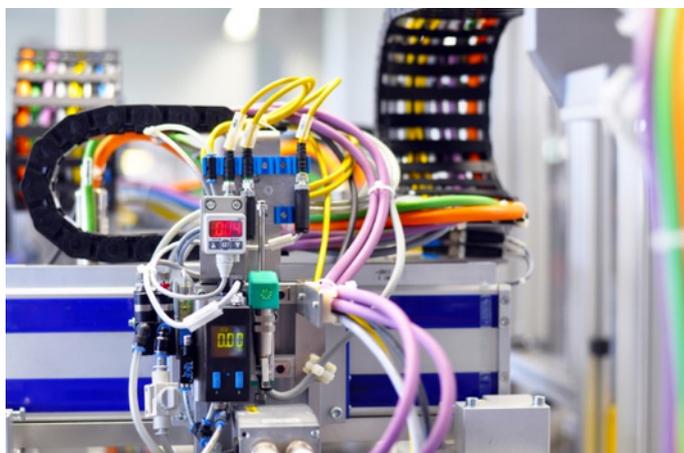
### Chemisch-pharmazeutische Industrie: Jahresauftakt zufriedenstellend

Im Jahr 2014 haben sich chemisch-pharmazeutische Produkte aus Deutschland erfolgreich am Weltmarkt behauptet. Das Exportvolumen der Chemie- und Pharmaunternehmen betrug 169,3 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 3,5 Prozent entspricht. Der Jahresauftakt 2015 verlief zufriedenstellend. Im Vergleich zum Jahresende 2014 konnte der Export leicht zulegen, das Vorjahresniveau wurde allerdings nicht erreicht. Die Nachfrageimpulse kamen vor allem aus Asien, auch die Exporte in die EU konnten leicht zulegen. Im zweiten Quartal werden die deutschen Chemieunternehmen die Ausfuhren nur moderat steigern können. Trotz der Sonderfaktoren – niedriger Ölpreis, geringes Zinsniveau, schwacher Euro – bleibt die Dynamik in Europa verhalten. Entsprechend klein fallen die Nachfrageimpulse aus dem größten Exportmarkt aus. Auch aus dem außereuropäischen Ausland kommen wenig positive Signale. Ausnahme sind die USA, die weiterhin vom Schiefergasboom profitieren. Die Schwellenländer bleiben allerdings hinter ihrem Wachstumspotenzial zurück. Für China befürchten mittlerweile viele Experten, dass sich die Wirtschaft nach dem jahrzehntelangen Boom abkühlt.



## Elektroindustrie: Exporte 2014 auf Rekordniveau

Die Exporte der deutschen Elektroindustrie haben in den ersten beiden Monaten des Jahres 2015 ein Volumen von 27,2 Milliarden Euro erreicht und ihren Vorjahreswert damit um 5,0 Prozent übertroffen. In die Gruppe der Industrieländer stiegen die Ausfuhren zwischen Januar und Februar um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 18 Milliarden Euro. Die Lieferungen in die Schwellenländer legten im selben Zeitraum um 7,4 Prozent auf insgesamt 9,2 Milliarden Euro zu. Während beim Geschäft mit den USA und China kräftige Zuwächse von 15,5 bzw. 9,6 Prozent verzeichnet werden konnten, blieben die Exporte in die Eurozone mehr oder weniger auf Vorjahresniveau. Der Branchenverband ZVEI rechnet damit, dass sich die positive Entwicklung im Ausfuhrgeschäft auch in den kommenden Monaten fortsetzt. Nach zuletzt fünf Anstiegen in Folge sind die Exporterwartungen der deutschen Elektronunternehmen im April 2015 nur leicht gefallen. Im abgelaufenen Jahr 2014 waren die Branchenausfuhren um 4,9 Prozent auf ein neues Allzeithoch von insgesamt 165,5 Milliarden Euro geklettert. Dabei hatte China die USA erstmals als größten Abnehmer deutscher Elektroerzeugnisse ablösen können.



## Maschinenausfuhren: Eurozone schwach, USA stark

In den Wintermonaten November 2014 bis Januar 2015 verfehlten die deutschen Maschinenausfuhren vor allem aufgrund eines schwachen Ergebnisses im Januar den Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um nominal 0,3 Prozent. Die Exporte in die einzelnen EU-Länder drifteten stark auseinander: Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich legten um 10,6 Prozent zu, die nach Polen und Ungarn um noch höhere zweistellige Sätze. Währenddessen sind die Exporte in die Eurozone (in die rund ein Viertel der Ausfuhren geht) um 4,8 Prozent abgesackt, darunter die nach Frankreich um 6,3 Prozent. Die Ausfuhren nach Russland verfehlten ihr Vorjahresergebnis um 20,1 Prozent. In die USA wurde hingegen ein Plus von 13,9 Prozent erzielt, nach China immerhin von 2,7 Prozent. Die Exporte nach Südamerika fielen in Summe ebenfalls (-7,5 Prozent), wobei der stärkste Markt, Brasilien, erstmals wieder ein kleines Plus von 5,3 Prozent aufwies. Auch der indische Markt scheint sich bei 12,1 Prozent wieder zum Positiven zu wenden. Angesichts der leichten Aufwärtsbewegung der Auslandsorder in den vergangenen Monaten könnten die Exporte im zweiten Quartal 2015 ihr Vorjahresniveau leicht übertreffen.



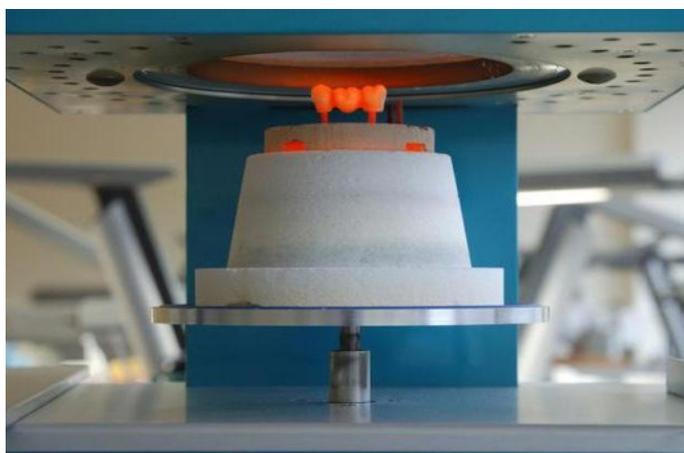
## Nichteisen-Metallindustrie blickt optimistisch nach vorne

Nach einer robusten Entwicklung im Vorjahr blickt die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie zum Ende des ersten Quartals zuversichtlich ins Jahr 2015. 2014 stieg der Exportumsatz der metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen um ein Prozent gegenüber 2013 auf 20,3 Milliarden Euro. Darunter nahmen die Ausfuhren der Aluminiumindustrie um fünf Prozent auf 7,1 Milliarden Euro zu. Der Auslandsumsatz der Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel) stieg um sechs Prozent auf acht Milliarden Euro. Die NE-Metallgießereien lieferten 2014 Gussteile im Wert von 1,7 Milliarden Euro ins Ausland – das ist ein Prozent weniger als im Vorjahr. Insgesamt dämpften die Börsenpreise für Metalle den Exportumsatz 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht. Von der Euroschwäche profitiert die Branche überwiegend indirekt über exportorientierte Abnehmer im Inland und der Eurozone. Dagegen verteuert sich der Einkauf von in US-Dollar abgerechneten Rohstoffen. Für das Jahr 2015 erwartet die NE-Metallindustrie ein stabiles bis leicht steigendes Exportvolumen.



## Keramische Industrie: Exporte im ersten Quartal uneinheitlich

Die Exportentwicklung der feinkeramischen Industrie verlief im ersten Quartal 2015 uneinheitlich. Zwar legte die feinkeramische Branche als Ganzes mit einem Plus von 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr einen guten Start ins neue Jahr hin. Getrieben ist diese Entwicklung jedoch nur von dem Bereich der Technischen Keramik. Dieser konnte seine Exporte sogar um 2,8 Prozent steigern. Die Hersteller von Geschirr- und Zierkeramik hingegen starten mit einem Exportminus von rund -2,0 Prozent. Insbesondere die Manufakturen merken dabei den Einbruch des russischen Marktes. Der Stand der Auftragseingänge sowie der schwache Euro lassen jedoch für die Porzellanhersteller auf eine positive Entwicklung im restlichen Jahr hoffen. Der Negativtrend im Bereich Ofenkacheln setzt sich 2015 leider zunächst weiter fort.



## Branchenfokus: Stahlindustrie

## Die Stahlindustrie benötigt offene Märkte und weltweit faire Handelsbedingungen

Die Stahlindustrie ist einer der wichtigsten Werkstofflieferanten der deutschen Industrie. Ihre Innovationskraft und die enge Zusammenarbeit mit den stahlverarbeitenden Branchen sind eine entscheidende Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Industriebereichen wie der Automobilindustrie, des Maschinen- und Anlagenbaus und vieler anderer Branchen. Deutschland ist der siebtgrößte Rohstahlhersteller weltweit hinter China, Japan, den USA, Indien, Russland und Südkorea. Deutschland ist außerdem der mit Abstand größte Stahlproduzent der EU.

Offene Märkte sind eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Stahlindustrie. Die Exportquote Deutschlands für Walzstahl beträgt rund 50 Prozent. Insgesamt exportierte Deutschland im letzten Jahr rund 20 Millionen Tonnen Walzstahl. Neben den Chancen sind mit dem Außenhandel aber auch Herausforderungen verbunden. Im vergangenen Jahr sind die globalen Stahlexporte um 10 Prozent auf ein neues Rekordniveau von 448 Millionen Tonnen gestiegen. Die gewach-

» Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich zu einem freien Handel auf den internationalen Stahlmärkten. Damit freier Handel auch fair bleibt, bedarf es auch künftig eines wirksamen Handelsschutzinstrumentariums in der EU.«

### Hans Jürgen Kerhoff

Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl,  
Vorsitzender des Stahlinstituts VDEh

sene Wettbewerbsintensität ist vor allem auf China zurückzuführen, das seinen Stahlexport um mehr als 50 Prozent gesteigert hat. Dieser Anstieg ist auch Ergebnis von Überkapazitäten der chinesischen Stahlindustrie, die mit staatlicher Hilfe erhalten werden.

Für die Stahlindustrie in Deutschland ist Fairness im internationalen Wettbewerb sehr wichtig. Sie spricht sich für einen freien und fairen Weltstahlhandel unter dem Dach der WTO aus. Mit dem Anwachsen subventionierter und gedumpter Drittlandimporte bleibt ein wirksames EU-Handelsschutzinstrumentarium jedoch unverzichtbar. Die europäische Stahlindustrie geht verantwortungsbewusst mit diesem Instrumentarium um und sieht sie als letztes Mittel an, um Auswüchse zu bekämpfen. Mit der wachsenden Bedrohung des frei zugänglichen EU-Marktes darf nicht zugelassen werden, dass das Handelsschutzinstrumentarium der EU weiter aufgeweicht wird. In diesem Zusammenhang darf China als größter Stahlproduzent und Verwender von Handelshemmnissen nicht ohne vollständige Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen der Marktwirtschaftsstatus verliehen bekommen.



Hans Jürgen Kerhoff

Die **Wirtschaftsvereinigung Stahl** ist der wirtschaftspolitische Verband der Stahlindustrie in Deutschland. Mit einer über 130-jährigen Tradition vertritt der Wirtschaftsverband die branchenpolitischen Interessen fast aller in Deutschland produzierenden Stahlunternehmen und assoziierter ausländischer Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

[www.stahlonline.de](http://www.stahlonline.de)



## Außenwirtschaftspolitik

### B7-Summit in Berlin

Deutschland hat im Juni 2014 die Präsidentschaft der G7 übernommen und richtet damit das kommende Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 7. und 8. Juni in Schloss Elmau (Bayern) aus. Im Rahmen des zivilgesellschaftlichen G7-Dialogs der Bundesregierung hat der Bundesverband der Deutschen Industrie die Aufgabe übernommen, den B7-Summit 2015 zu veranstalten. Dazu hatte der BDI die G7-Wirtschaftsverbände im Mai nach Berlin eingeladen.

Ziel des B7-Summits war es, den intensiven Austausch zwischen der Bundesregierung, der Wirtschaft und den G7-Mitgliedsländern zu gewährleisten. Gemeinsam wurde auf dem B7-Summit ein Kommuniqué der Wirtschaftsverbände zu den folgenden Schwerpunktthemen unter dem Titel »Industrial Innovation for a Sustainable World« an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben:

- Globaler Ausblick: Weltwirtschaft und Handel
- Nachhaltige globale Wertschöpfungsketten
- Energie-, Energieeffizienz und Klimaschutz
- Sichere und effiziente Ressourcennutzung
- Forschung und Innovation in der Gesundheitswirtschaft

Die Themen der B7 orientierten sich an den Schwerpunktthemen der deutschen G7-Präsidentschaft. Diese sollen Wegbereiter für die zwei großen Konferenzen Ende dieses Jahres sein: die UN Klimakonferenz COP21 sowie die Post-2015 UN Entwicklungsagenda. Beiden Konferenzen misst der BDI eine große Bedeutung bei.

[>> Weitere Informationen zum G7-Gipfel](#)  
[>> Weitere Informationen zum B7-Summit](#)

Der B7-Summit fand Mitte Mai unter dem Dach des G7-Outreaches der Bundesregierung statt. Neben der Wirtschaft gehörten



## G7 GERMANY 2015 | Schloss Elmau

auch Gewerkschaften, NGOs, Jugendverbände, die Wissenschaft sowie eine Frauengruppe zum Outreach der G7.

Die im Jahre 1975 ins Leben gerufene G7 (damals noch G6) befasste sich zu Beginn ausschließlich mit Fragen in Bezug auf die weitere Entwicklung der globalen Wirtschaft (»Weltwirtschaftsgipfel«). Im Laufe der Jahre wurde das Themenspektrum jedoch zusehends erweitert, sodass nun praktisch alle wichtigen globalen Fragestellungen diskutiert und bearbeitet werden. Dies sind insbesondere die Themen Weltwirtschaft und Handel, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik sowie Klima und Energie.

Im Jahr 2007 wurde seitens des BDI der G8-Business Summit ins Leben gerufen. Ziel war es, einen Austausch zwischen den G7-Staats- und Regierungschefs und der Wirtschaft zu ermöglichen.

Ansprechpartner:  
 Quirin Blendl  
[q.blendl@bdi.eu](mailto:q.blendl@bdi.eu)

### »Hannoveraner Erklärung« Grundsatzerklärung des BDI-Präsidiums zu TTIP

Das Präsidium des BDI hat sich zu Beginn der Hannover Messe 2015 mit einer Grundsatzerklärung für eine ambitionierte, faire und starke transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ausgesprochen. In der sogenannten »Hannoveraner Erklärung« mit dem Titel »Ein starkes TTIP für Deutschland« fordert die Industrie geschlossen, die Verhandlungen umfassend, zielgerichtet und transparent zu führen.

### Hannoveraner Erklärung: Ein starkes TTIP für Deutschland

Wir, die Mitglieder des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), sprechen uns anlässlich des Auf-

takts der Hannover Messe Industrie für eine ambitionierte und faire, für eine starke Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union aus:

### Für sichere Arbeitsplätze

Der Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren im transatlantischen Markt sichert und schafft Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und für unsere Beschäftigten. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt vom Export ab, in der Industrie sogar jeder zweite.

## Für klare Regeln

Produkte und Verfahren made in Germany sind wegen ihrer Qualität und ihrer Sicherheit weltweit erfolgreich. Unsere hohen Standards wollen wir nicht senken, sondern exportieren. Jeden Tag handeln EU und USA Waren und Dienstleistungen im Wert von etwa zwei Milliarden Euro. Zölle sind in weiten Teilen überflüssig. Doppelte Prüf- und Zertifizierungsverfahren, Qualitätskontrollen und Dokumentationspflichten können bei vergleichbaren Anforderungen entfallen. Ein starkes TTIP wird Kosten reduzieren. Das ist klug, gerade für den Mittelstand.

## Für akzeptierte Verfahren

Investitionsschutzverträge und Investor-Staats-Schiedsverfahren sind seit Jahrzehnten tausendfach bewährte Instrumente. Sie gewähren Rechte im Fall von Enteignung oder staatlicher Willkür. Es ist sinnvoll, Verbesserungsvorschläge zu diskutieren und Reformen umzusetzen. Ein starkes TTIP hilft, den Investitionsschutz transparenter zu machen, eine Berufungsinstanz einzuführen und missbräuchliche Klagen zu begrenzen. Das ist gut für Investoren und das Land, in dem investiert wird – und in dem Wohlstand wie Beschäftigung wachsen.

## Für echte Chancen

Das Abkommen gibt Europa die Gelegenheit, gemeinsam mit den USA die Globalisierung mit gerechten und nachhaltigen

Spielregeln politisch zu gestalten. So wird ein starkes TTIP mit unseren Werten und Standards zu einem Vorbild für andere Abkommen. Über Grenzen hinweg zu investieren und Waren zu handeln – das dient Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit: Der Wohlstand der Welt stieg seit 1990 um mehr als das Doppelte; die Lebenserwartung auf unserem Planeten legte seitdem um sechs Jahre zu; die Kindersterblichkeit ging derweil um die Hälfte zurück.

## Für neues Vertrauen

Wir appellieren an die Bundesregierung, die EU-Kommission und die US-Regierung, die Verhandlungen umfassend, zielgerichtet und transparent zu führen. Mangelnde Transparenz war zum Start der TTIP-Verhandlungen ein Versäumnis, das bis heute Vertrauen kostet. Wir sind überzeugt davon und begrüßen ausdrücklich, dass es eine intensive öffentliche Debatte um TTIP geben muss. An dieser wollen wir uns engagiert beteiligen. Gemeinsam mit den politisch verantwortlichen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern will die deutsche Wirtschaft einen offenen Dialog über freien Handel führen und das Vertrauen in die Gestaltungskraft Europas erhöhen. Für ein starkes TTIP – klare Regeln, echte Chancen.

>> [Zur »Hannoveraner Erklärung« als PDF-Dokument](#)

Ansprechpartner:  
Fabian Wendenburg  
[f.wendenburg@bdi.eu](mailto:f.wendenburg@bdi.eu)

»Wir wollen TTIP!«

## Deutsche Unternehmer zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft

Noch nie hat ein Freihandelsabkommen so viele Menschen bewegt wie die Verhandlungen mit den USA über eine Handels- und Investitionspartnerschaft.

In der neuen BDI-Broschüre »Wir wollen TTIP. Klare Regeln – echte Chancen: Ein starkes TTIP für Deutschland« können Sie lesen, wie Unternehmen und ihre Beschäftigten am Standort Deutschland ganz konkret von TTIP profitieren würden, zum Beispiel indem Zölle abgebaut, Märkte geöffnet, gemeinsame Regeln und Standards entwickelt sowie Investitionen weiter geschützt werden. Damit wird deutlich: »Wir wollen TTIP!«

>> [Zur BDI-Broschüre](#)



## USA sind Partnerland der Hannover Messe 2016

Das Weiße Haus hat im März bekannt gegeben, dass die USA im Jahr 2016 das Partnerland der weltweit größten Industriemesse Hannover Messe sein werden. Die Messe wird vom 25.-29. April 2016 stattfinden. Ziel des Partnerland-Auftritts soll es sein, ausländische Investoren anzuziehen und die Export-Aktivitäten der US-Wirtschaft auszubauen. Neben dem Leitthema »Industrie 4.0« sollen die inhaltlichen Schwerpunkte des Partnerlandes USA nach Angaben der Deutschen Messe AG Energieeffizienz und Energieerzeugung, modernste Fertigungs-

technik, intelligente Technologien, Aus- und Weiterbildung sowie die Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft sein. Ob US-Präsident Barack Obama anlässlich der Hannover Messe 2016 Deutschland besuchen wird, ist derzeit noch unklar.

Ansprechpartner:  
Fabian Wendenburg  
[f.wendenburg@bdi.eu](mailto:f.wendenburg@bdi.eu)

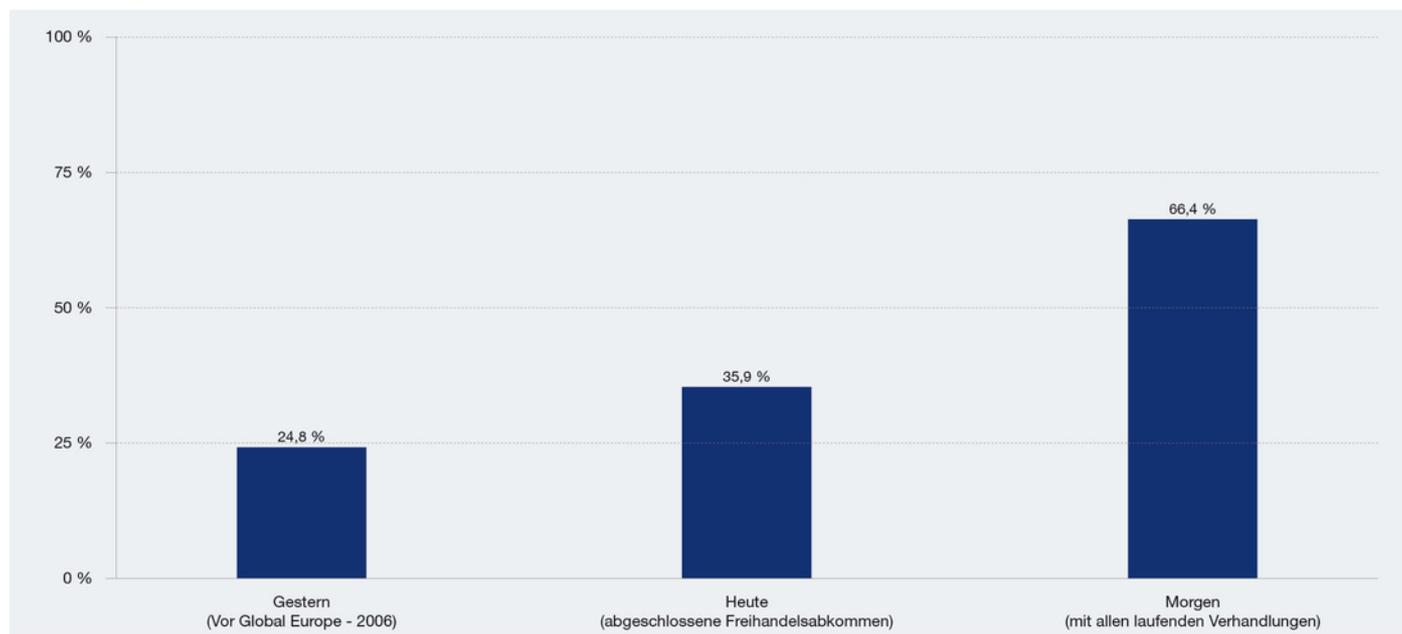
## Die neue EU-Handelsstrategie

Die Europäische Kommission hat angekündigt, im Herbst 2015 eine neue Handelsstrategie in Form einer Mitteilung vorzulegen. Bei einem Treffen mit den Handelsministern der Europäischen Union hat sie im März ein erstes Diskussionspapier zu diesem Thema vorgestellt.

Aufgrund des veränderten globalen Umfelds orientiere sich die Handelspolitik künftig noch stärker an der Außenpolitik und an

geopolitischen Interessen. Als zentrale Handelspartner werden Industrieländer wie die USA und Japan und aufstrebende Länder und Regionen wie Indien, ASEAN, MERCOSUR hervorgehoben. Die Verschränkung der Handelspolitik mit Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsaspekten soll vorangetrieben werden. Die bilaterale Agenda wird als stützender Prozess für das multilaterale Handelssystem der Welthandelsorganisation betrachtet.

### Entwicklung des von Freihandelsabkommen abgedeckten EU-Handels



Quelle: Europäische Kommission, *How trade Policy and regional Trade agreements support and strengthen EU economic performance*, 2015. S.7; <[http://trade.ec.europa/doclib/docs/2015/march/tradoc\\_153270.pdf](http://trade.ec.europa/doclib/docs/2015/march/tradoc_153270.pdf)> (eingesehen am 13.5.2015).

In der neuen Handelsstrategie soll der Fokus vermehrt auf die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen und das Thema Digitalisierung und Dienstleistungen gelegt werden. Dienstleistungsexporte würden bereits 40 Prozent der EU-Exporte ausmachen. Weitere Themen, auf die sich die Europäische Kommission konzentrieren möchte, sind das Öffentliche Beschaffungswesen, geografische Herkunftsbezeichnungen, Investitionsschutz, nicht-tarifäre Handelshemmnisse sowie regulatorische Zusammenarbeit. Diese Themen hatten schon in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Vor dem Hintergrund der kritischen öffentlichen Debatte über die Verhandlungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist es nicht überraschend, dass die Kommission auch einen Schwerpunkt darauf legen möchte, das Vertrauen der Bürger in die Handelspolitik zu stärken. Dafür sollen die Kommunikation verbessert und Abkommen rascher verhandelt und ratifiziert werden. Außerdem sollen die Auswirkungen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten konkret beziffert werden.

Aus BDI-Sicht ist es unerlässlich für den Erfolg der Strategie, den Wert der Handelspolitik besser öffentlich bekannt zu machen. Handelspolitische Initiativen müssen sich an ihrem Nutzen für die EU als Ganzes messen lassen. Allerdings dürfen die Erwartungen an Freihandelsabkommen auch nicht zu hoch gesteckt werden – ihre Hebelwirkung für andere Politikbereiche ist begrenzt. Eine klare Strategie, wie die Europäische Kommission einerseits rascher geplante Abkommen mit großen Wirtschaftspartnern in die Praxis umsetzen und andererseits die Verbindung mit komplexen Themen wie Nachhaltigkeit und Menschenrechten ausbauen möchte, ist noch nicht zu erkennen.

Ansprechpartner:  
Eckart von Unger  
[e.unger@bdi.eu](mailto:e.unger@bdi.eu)

## Neues BDI-Papier: Mythen, Fakten, Argumente zum Investitionsschutz

Das BDI-Papier befasst sich mit den häufigsten Kritikpunkten zu Investitionsschutzabkommen und Investor-Staat-Schiedsverfahren.

Kritiker in Politik und Öffentlichkeit fordern, Investitionsförder- und -schutzverträge (IFV) sowie Investitionskapitel in Freihandelsabkommen aufzugeben. Die Legitimität von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) wird in Zweifel gezogen. Im Zuge der öffentlichen Diskussion um TTIP hat die Kritik am völkerrechtlichen Investitionsschutz zugenommen. Mit den BDI-Positionspapieren »Schutz europäischer Investitionen im Ausland« sowie »The »I« in TTIP« hatte die deutsche Industrie schon im letzten Jahr einen Beitrag zu dieser Debatte geliefert und Reformempfehlungen skizziert.

[>> Zum Positionspapier](#)

Im neuen BDI-Papier »Investitionsschutzabkommen und Investor-Staat-Schiedsverfahren: Mythen, Fakten, Argumente« geht der BDI auf die am häufigsten genannten Kritikpunkte und Investorenklagen in der Diskussion der letzten Monate ein. Das Papier zeigt, dass viele Argumente der Kritiker einer genauen Analyse nicht standhalten. Gleichzeitig wird aber auch auf Reformbedarf hingewiesen. Der BDI zeigt, dass das System des völkerrechtlichen Investitionsschutzes nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden darf.

[>> Zum BDI-Papier »Mythen, Fakten, Argumente zum Investitionsschutz«](#)



[>> Zur BDI-Stellungnahme zu den Vorschlägen europäischer Sozialdemokraten zu ISDS](#)

[>> Zur BDI-Stellungnahme zur Unterzeichnung der Mauritius-Konvention durch die Bundesregierung](#)

[>> Zur BDI-Stellungnahme zu Vorschlägen der EU-Kommission zur Verhandlung künftiger Investitionsschutzverträge](#)

[>> Zur BDI-Stellungnahme zum Entwurf eines Modell-Investitionsschutzvertrags](#)

Ansprechpartner:  
Dr. Christoph Sprich  
[c.sprich@bdi.eu](mailto:c.sprich@bdi.eu)

**Ulrich Grillo und Hubert Lienhard begleiten Bundeskanzlerin nach Japan**

BDI-Präsident Ulrich Grillo und der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses (APA), Hubert Lienhard, begleiteten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anfang März bei ihrer ersten Japan-Reise seit 2008. Die Bundeskanzlerin besuchte im Rahmen der diesjährigen G7-Präsidentschaft Deutschlands ihren Amtskollegen, Premierminister Shinzo Abe.

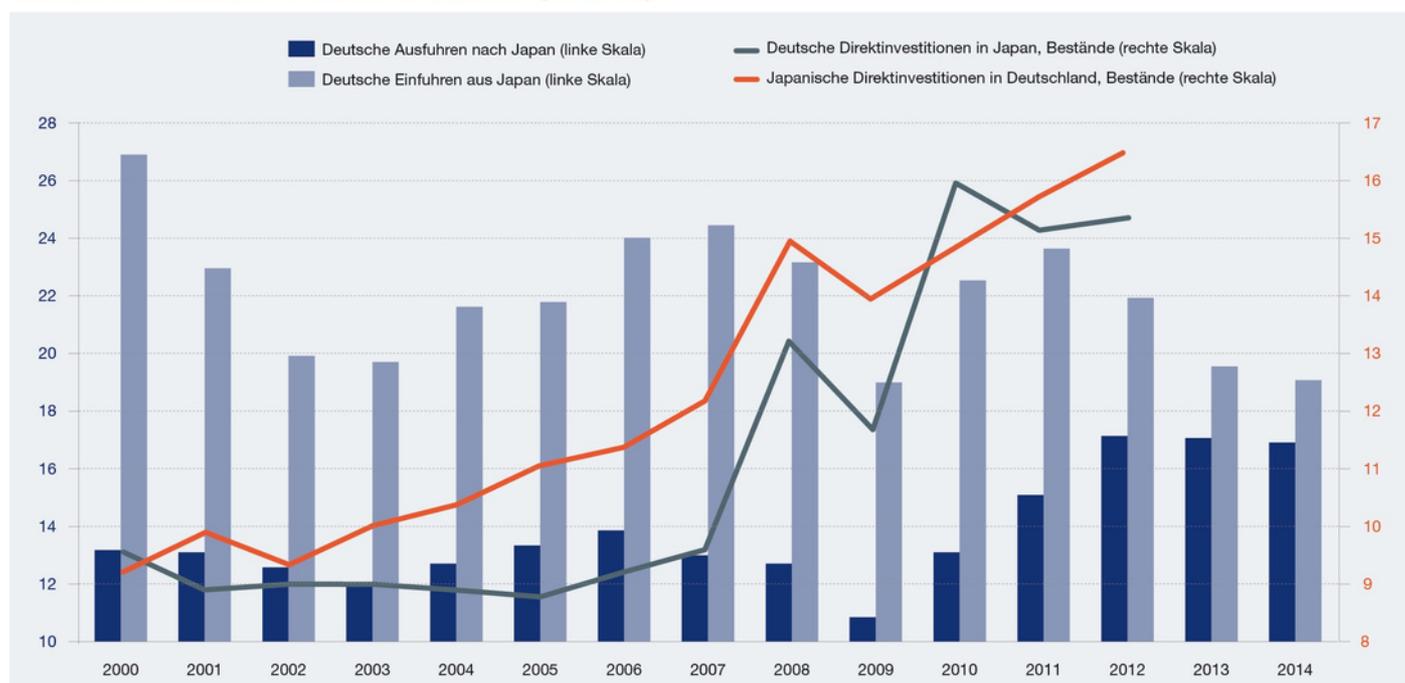
Auf der Agenda der Bundeskanzlerin standen unter anderem Themen wie die Digitalisierung der Industrie und die mit einer expansiven Geldpolitik auf Wachstum abzielende Wirtschaftspolitik der Abe-Regierung (»Abenomics«). Bundeskanzlerin Merkel drängte in Tokio auf einen zügigen Abschluss der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan. In diesem Zusammenhang dämpfte der APA-Vorsit-

zende Hubert Lienhard die hohen Erwartungen an einen baldigen Abschluss der Verhandlungen, mit dem nach seiner Einschätzung frühestens 2016 zu rechnen sei.

BDI-Präsident Ulrich Grillo traf sich in Tokio zudem mit Sadayuki Sakakibara, dem Vorsitzenden des japanischen Wirtschaftsdachverbands Keidanren. Beide betonten die Wichtigkeit der Partnerschaft der zwei Dachverbände und tauschten sich unter anderem zur Digitalisierung der Industrie sowie zum geplanten Freihandelsabkommen aus.

Ansprechpartner:  
Stephan Keichel  
*s.keichel@bdi.eu*

**Enge Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Japan**  
Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen (Mrd. Euro)



Quelle: Destatis (Außenhandel), <<http://www.destatis.de>>; Bundesbank (Direktinvestitionen), <<http://www.bundesbank.de>>, (eingesehen am 13.5. 2015).

## Projektgeschäft am Arabischen Golf weiter auf hohem Niveau

Bundesminister Sigmar Gabriel besuchte im März Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. Dabei wurde er von einer 80-köpfigen Wirtschaftsdelegation begleitet, deren Sprecher der Vorstandsvorsitzende der Linde AG, Wolfgang Büchele, war. Dieser hatte schon im Herbst 2014 den Vorsitz der vom BDI geführten Nordafrika-Mittelost-Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI) übernommen.

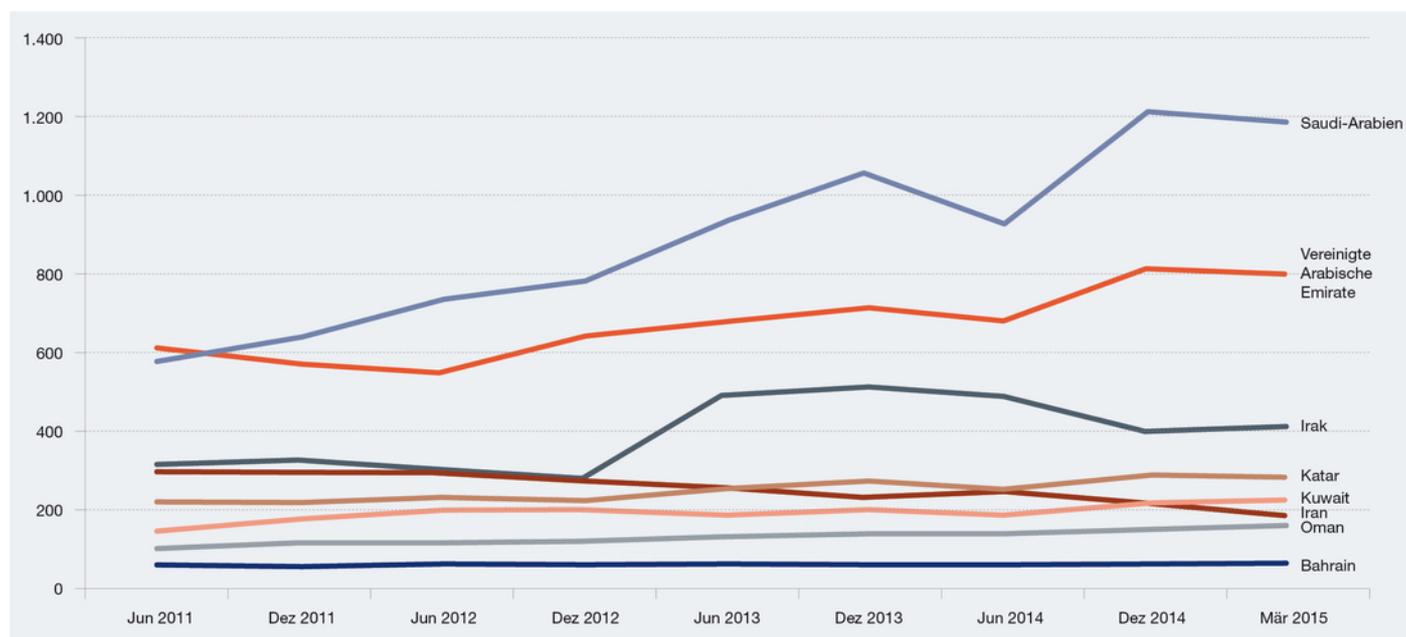
Deutsche Qualität und Wertarbeit genießen in den arabischen Ländern einen exzellenten Ruf. Der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie war Tenor in allen Gesprächen. Allein auf Saudi-Arabien entfallen deutsche Exporte von rund neun Milliarden Euro, der Großteil davon sind Maschinen und Anlagen. Auch die Märkte in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar sind geprägt von modernen Infrastruktur-Projekten und dem Ausbau der lokalen Industrie vor dem Bemühen der Länder, von der Rolle als reine Öl- und Gaslieferanten wegzukommen.

Neben den Sitzungen der gemischten Wirtschaftskommissionen in Riad und Abu Dhabi fand auch eine Konferenz für kleine und mittelständische Unternehmen in Doha statt. Außerdem gab es Gelegenheit für viele wirtschaftspolitische Gespräche, unter anderem mit dem im Januar an die Macht gekommenen König von Saudi-Arabien, Salman bin Abdulaziz al Saud. In Riad tagte zum ersten Mal der Saudi-German Business Council (SGBC), der die Verbindungen zwischen Unternehmen beider Länder ausbauen und wirtschaftspolitische Empfehlungen formulieren soll.

Ansprechpartner:  
Benjamin Godel  
[b.godel@bdi.eu](mailto:b.godel@bdi.eu)

### Arabische Länder: Viele Projektgeschäfte in Aussicht

Volumen geplanter Projekte nach Ländern (Mio. US-Dollar)



Quelle: Middle East Economic Digest, <<http://www.meed.com/meed-projects/gulf-projects-index/gulf-projects-full-archive/>> (eingesehen im März 2015).

## Deutschland engagiert sich in der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB)

Im Oktober 2014 unterzeichneten in Peking 21 Länder die Absichtserklärung zur Gründung der »Asian Infrastructure Investment Bank« (AIIB). Mittlerweile haben sich mehr als 50 Länder, unter anderem Deutschland, Großbritannien und Frankreich, der Initiative angeschlossen. Ziel der Bank ist es, mehr Investitionen in Infrastruktur nach Asien zu leiten.

China betont, dass sich die Gründung der AIIB nicht gegen bestimmte Länder richte. Die bestehenden Institutionen, wie etwa die Weltbank oder die Asian Development Bank (ADB), würden jedoch nicht über ausreichendes Finanzierungsvolumen für die Menge an geplanten Infrastrukturprojekten verfügen.

Die Gründung der AIIB ist eine positive Entwicklung, der Beitritt Deutschlands als Gründungsmitglied ist sinnvoll. Für das Exportland Deutschland ist ein Mitspracherecht in der AIIB von strategischer Bedeutung. Aus Sicht der deutschen Industrie ist es wichtig, dass sich die Programme von AIIB und den bereits bestehenden Institutionen wie der Weltbank oder der ADB gut ergänzen.

Ansprechpartnerin:  
Hanna Müller  
[h.mueller@bdi.eu](mailto:h.mueller@bdi.eu)

## BDI-Außenwirtschafts-Report

Der BDI-Außenwirtschafts-Report informiert quartalsweise über aktuelle außenwirtschaftliche Trends. Beleuchtet werden die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der deutschen Außenwirtschaft. Deutschland ist Vizeweltmeister im Export, Ausfuhren machen etwa die Hälfte des deutschen BIP aus. Insgesamt hängen in Deutschland ein Viertel der Arbeitsplätze vom Außenhandel ab. Die weltweite wirtschaftliche Verflechtung gehört nach wie vor zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands.

Der BDI-Außenwirtschafts-Report erscheint seit dem Jahr 2000 und wird quartalsweise an fast 3.000 Leser aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft verschickt, in englischer Sprache unter dem Namen BDI Foreign Economic Report zusätzlich an einen internationalen Leserkreis. Regelmäßig werden die Ergebnisse der BDI-Branchenumfrage zu den Exportaussichten der deutschen Industrie präsentiert.

**BDI-Außenwirtschafts-Report abonnieren:**  
>> [www.aussenwirtschaftsreport.de](http://www.aussenwirtschaftsreport.de)

**BDI-Außenwirtschaftstermine**

<b>10.06.2015</b>	BDI-Ausschuss Außenwirtschaft	<b>Straßburg</b>
<b>08.07.2015</b>	BDI-Geschäftsführergespräch Außenwirtschaft (2 Tage)	<b>Groß-Ziethen</b>
<b>12.07.2015</b>	Reise Bundeswirtschaftsminister Gabriel mit Wirtschaftsdelegation nach China, Kasachstan und Aserbaidschan (5 Tage)	<b>China</b>
<b>25.09.2015</b>	BDI-Arbeitskreis Zoll	<b>Berlin</b>
<b>01.10.2015</b>	BDI-Ausschuss Außenwirtschaft	<b>Genf</b>
<b>28.10.2015</b>	9. Transatlantische Jahreswirtschaftskonferenz	<b>Frankfurt am Main</b>

Bildnachweise: BDI/Kruppa (1), Fotolia/jamdesign (1), Fotolia/Johannsen (1), Fotolia/moonrun (1), WVStahl (1,8), Fotolia/GaToR (1), Fotolia/Aris Sanyaja (5), Fotolia/Digital Zombie (5), Fotolia/industrieblick (6), Fotolia (6), Fotolia/Pavel Losevsky (7), Fotolia/Michael Tieck (7), G7 (9), BDI (10, 12)

Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner, Dr. Christoph Sprich (V.i.S.d.P.), Sonja Wanjek  
Die Verantwortung für die Inhalte der Fremdbeiträge tragen die jeweiligen Autoren.

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.  
Breite Straße 29; 10178 Berlin